



Gemeinde Pfinztal, OT Söllingen

**Beseitigung
schienengleicher Bahnübergang
- PKW-Unterführung -**

Str 4200 Karlsruhe - Mühlacker, km 7,64

KREUZUNGSVEREINBARUNG



Gemeinde Pfinztal, OT Söllingen

**Beseitigung
schienengleicher Bahnübergang
- PKW-Unterführung -**

Str 4200 Karlsruhe - Mühlacker, km 7,64

- INHALTSVERZEICHNIS -

Kreuzungsvereinbarung

Unterlagen zur Kreuzungsvereinbarung

Anlage 1	Übersichtsplan
Anlage 2	Zusammenstellung der voraussichtlichen Kosten (DB-Vordruck)
Anlage 3	Kostenszusammenstellung nach AKS
Anlage 4	Kostenübersichtsplan
Anlage 5	vorläufige Ablöseberechnung

VEREINBARUNG ü b e r eine Maßnahme nach §§ 2, 11.1 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)

Zwischen

der DB Netz AG, Regionalbereich Südwest, Schwarzwaldstraße 86, 76137 Karlsruhe,
- nachstehend **DB** genannt -

und

der Gemeinde Pfinztal, vertreten durch deren Bürgermeister Heinz E. Roser,
Hauptstraße 70, 76327 Pfinztal
- nachstehend **Gemeinde** genannt -

und

der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH, Tullastraße 71, 76131 Karlsruhe, vertreten durch den
Geschäftsführer,
- nachstehend **AVG** genannt -

wird gemäß § 5 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) vom 14.08.1963 (BGBl. I, S. 681) in der
Fassung vom 08.03.1971 (BGBl. I, S. 167) und vom 21.03.1971 (BGBl. I, S. 337); zuletzt
geändert durch Art. 281 der neunten Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31.10.2006
(BGBl. I, S. 2444) folgende

Vereinbarung

getroffen:

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die „Bahnhofstraße“ kreuzt die DB-Strecke 4200 von Karlsruhe Hbf nach Mühlacker in DB-km 7,640/AVG-km 7,552 in der Ortsdurchfahrt Pfinztal-Söllingen höhengleich. Beteiligte an dieser bestehenden Kreuzung sind bislang die DB als Baulastträger des Schienenweges und die Gemeinde Pfinztal als Baulastträger der Straße mit Gehwegen.
- (2) Aus Gründen der Sicherheit und der besseren Abwicklung des Verkehrs ist es erforderlich, diesen Bahnübergang in DB-km 7,640 zu beseitigen. Kreuzungsbeteiligte wird darüber hinaus die AVG als Baulastträgerin ihrer NE-Strecke von Grötzingen nach Söllingen sowie aller in der Verkehrsstation Söllingen vorhandenen Bahnsteige, die bisher ausschließlich vom Bahnübergang her erschlossen sind. Hierüber besteht zwischen den drei künftigen Kreuzungsbeteiligten bereits eine Vereinbarung nach §§ 3, 13 EKrG vom 16 Juli 2007, die sich im Genehmigungsverfahren befindet.
- (3) In zeitlichem Zusammenhang mit der Beseitigung des Bahnübergangs wird zusätzlich eine neue PKW-fähige Eisenbahnüberführung unter DB- und AVG-Strecke im Bereich der Verkehrsstation Söllingen hergestellt (DB-km 7,643 bzw. AVG-km 7,552). **Die hierfür erforderlichen Festlegungen werden in dieser Vereinbarung geregelt.**

Es besteht eine tatsächliche Abhängigkeit zwischen den beiden Maßnahmen nach Abs. (2) und Abs. (3), weil die behindertengerechte Ersatzwegführung anstelle der Fiktivlösung (siehe Kreuzungsvereinbarung nach §§3,13 EKrG), durch den parallel zu der neuen PKW-fähigen Ortsstraße verlaufenden Gehweg sichergestellt werden soll. Da diese von der Gemeinde gewählte behindertengerechte Ersatzmaßnahme kostenmäßig teurer wird, als eine baulich ohne die PKW-fähige Straße möglich gewesene Eisenbahnüberführung an Ort und Stelle mit behindertengerechten Rampen, werden sowohl die Kosten der hier vereinbarten Maßnahmen, soweit diese über die Kosten der in der Vereinbarung nach §§ 3, 13 EKrG zugrunde gelegten Fiktivlösung an Ort und Stelle hinausgehen, als auch die Kosten für die neue höhenbegrenzte PKW-fähige Eisenbahnüberführung von der Gemeinde getragen.

Die vorgesehenen Baumaßnahmen berücksichtigen die voraussichtliche Verkehrsentwicklung auf der AVG-Strecke, wonach die derzeit westlich der Überleitstelle Sölingen liegende Verbindung der beiden Schienenwege auf die Ostseite der Verkehrsstation verlegt werden soll und zugleich in der Verkehrsstation Sölingen die vorhandenen vier Bahnsteigkanten, allesamt in der Betreiberschaft der AVG, nutzbar bleiben müssen, was die Südverschiebung von drei Bahnsteigen erforderlich macht. Die Kostentragung für die notwendigen Anpassungen der Bahnsteige an die neue Fußwegführung ist in der Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3, 13 EKrG geregelt.

Die ggf. noch zu erstellende Überleitverbindung ist Sache der AVG.

§ 2

Art und Umfang der Maßnahme

(1) Beschreibung der Baumaßnahmen:

- a) Neubau einer viergleisigen Eisenbahnüberführung (2 DB-Gleise, 2 AVG-Gleise) über die „Bahnhofstraße“ für den PKW-Verkehr in DB-km 7,613 / AVG-km 7,522 mit einem Kreuzungswinkel von 81,809 gon. Die lichte Weite der Eisenbahnüberführung beträgt ca. 14,65 m, die lichte Höhe beträgt im allgemeinen > 3,2 m (PKW) und im Bereich des Fuß- und Radweges > 2,50 m
- b) Unterführung der „Bahnhofstraße“ (ohne die konstruktiven Teile der EÜ) unter der DB- und der AVG-Strecke einschließlich Trogbauwerke und der erforderlichen Rampen mit Anschlüssen an das vorhandene Straßennetz. Die lichte Weite beträgt i. M. 9,25 m und die lichte Höhe mindestens 3,20 m. Zur Unterführung gehört ein innen liegender einseitiger Fuß- und Radweg mit einer Breite von 3,25 m. Aus Gründen der Sicherheit wird der Fuß- und Radweg höhenmäßig von der Fahrbahn abgesetzt.
- c) Treppenanlage aus der Unterführung.
- d) Bau einer Eisenbahnüberführung über einen öffentlichen Fußweg in DB-km 7,643 / künftiger AVG-km 7,552 einschließlich Treppen mit Fahrrad- und Kinderwagenspuren. Die lichte Weite der Eisenbahnüberführung beträgt ca. 4 m, die lichte Höhe ca. 2,50 m und die Länge ca. 26,50 m. Das Bauwerk überführt künftig je zwei DB- und AVG-Gleise sowie die beiden westlich gelegenen, nach Osten zu verschiebenden Bahnsteige.
- e) Durchführung aller DB- und AVG-Zusammenhangsarbeiten, wie
 - Sicherung des Eisenbahnbetriebes
 - Änderung und Anpassung der Signal-, Oberleitungs- und

Betriebsfernmeldeanlagen sowie
- alle erforderlichen sonstigen Änderungen an den Bahnanlagen

- f) Anpassung der Fußwegführung an das übrige vorhandene Straßennetz und an den anzugleichenden Bahnsteig auf der Westseite der DB-Strecke (am durchgehenden Hauptgleis nach Mühlacker).
- g) Abriss vorhandenes Kiosk mit Trinkhalle und Erstellen eines Ersatzbaus in unmittelbarer Nachbarschaft zum bisherigen Gebäude.
- h) Verlegung und Sicherung von Versorgungs- und Straßenentwässerungsleitungen, z.B. Strom, Wasser, Gas, Entwässerung, Telekom und Abwasser (einschließlich Pumpschächte, Pumpwerke und Regenrückhaltebecken (RÜB))
- i) Landschaftspflegerische Ausgleichs-, Ersatz- und Gestaltungsmaßnahmen
- j) Anpassung und Neubau von Zufahrten, teilweise in größeren Ausmaßen als im Bestand, Einfriedungsmauern und Zäunen
- k) Durchführung des Grunderwerbs
- l) Sicherstellen der Querungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Menschen durch ein Provisorium während der Bauzeit.

§ 3 Planungsrecht

Für alle eisenbahnrelevanten Maßnahmen wird die DB ein planungsrechtliches Verfahren nach §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz und die AVG ein planungsrechtliches Verfahren nach § 74 Verwaltungsverfahrensgesetz durchführen.

Die Gemeinde hat die Planungen in einem Bebauungsplanverfahren festgesetzt. Der Bebauungsplan „Alter Bahnhof Söllingen“ ist am 04.05.2006 in Kraft getreten.

§ 4 Durchführung der Maßnahmen

- (1) Die AVG führt die in § 2 Abs. (1) a) bis f) und l) genannten Maßnahmen, die Gemeinde die in § 2 Abs. (1) g) bis k) genannten Maßnahmen durch.

Der Baudurchführende ist für die Ausschreibung, Vergabe und Vertragsabwicklung mit dem Unternehmer zuständig.

- (2) Aufträge für Leistungen bis zu einem Betrag von 500.000 € dürfen ohne vorherige Bestätigung der anderen Beteiligten vergeben werden.
- (3) Führt ein Beteiligter Maßnahmen durch, die Einwirkungen auf Anlagen eines anderen oder den Verkehr haben können, so ist vorher dessen Zustimmung einzuholen.
- (4) Über Ausführungstermine und technische Einzelheiten zur Durchführung der Maßnahme wird eine gesonderte Baudurchführungsvereinbarung zwischen den Beteiligten abgeschlossen. Mit der Durchführung der Baumaßnahme darf erst begonnen

werden, wenn die verwaltungstechnischen Voraussetzungen erfüllt sind, die Finanzierung gesichert ist und die Beteiligten dem Baubeginn zugestimmt haben.

- (5) Nach Fertigstellung der Maßnahmen erfolgt eine gemeinsame Abnahme durch die Beteiligten. Dem Eisenbahn-Bundesamt und dem Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht ist auf Verlangen Gelegenheit einzuräumen, an der Abnahme teilzunehmen.
Über die Abnahme erstellt die Gemeinde eine Niederschrift, von der die anderen Beteiligten eine Ausfertigung erhalten.
- (6) Die endgültigen Abmessungen der Kreuzungsanlage werden in Bestandszeichnungen nachgewiesen. Nach Durchführung der Maßnahmen übergibt der Baudurchführende den anderen Beteiligten eine Ausfertigung der Bestandszeichnungen.

§ 5

Kosten der Maßnahmen

- (1) Der Umfang der kreuzungsbedingten Kosten (= Kostenmasse) wird unter Beachtung des § 11 EKrG, der 1. Eisenbahnkreuzungsverordnung (1. EKrV) und des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 8/1989 des Bundesministers für Verkehr vom 17. Mai 1989 (VkB1. 1989, S. 419) und Nr. 10/1993 vom 5. April 1993 (VkB1. 1993, S. 324) ermittelt.
- (2) Die Kosten der Maßnahmen (§ 2 Abs. (1)) betragen nach der als Anlage 2 beigefügten „Zusammenstellung der voraussichtlichen Kosten“ vsl. ca. 13.658.710,79 € .
Sie sind in Höhe von vsl. 12.403.610,88 € (einschließlich 10% Verwaltungskosten und 19% MwSt) kreuzungsbedingt und werden von der Gemeinde getragen. Eine Kostenübersicht der kreuzungsbedingten Kosten ist der Vereinbarung (Anlage 4) beigefügt.

Anfallende Umsatzsteuer in Höhe des zum jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt geltenden Steuersatzes gehört zur Kostenmasse.

- (3) Die hier nicht kreuzungsbedingten Kosten für die Maßnahme nach § 2 Abs. (1) d) in Höhe von vsl. 1.255.099,90 € werden von den Kostenträgern gemäß § 5 Abs. (3) der Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3, 13 EKrG vom 16 Juli 2007 gezahlt.
- (4) Die Beteiligten stellen Verwaltungskosten nach § 5 der 1. EKrV in Höhe von 10 v. H. der von ihnen aufgewandten Grunderwerbs- und Baukosten in Rechnung.
- (5) Die Kosten für Betriebserschwernisse während der Bauzeit gehören – nur soweit solche der DB selbst entstehen – zur Kostenmasse.
- (6) Die endgültigen Kosten ergeben sich aus der Schlussrechnung, die von dem jeweils Baudurchführenden für seine erbrachten Leistungen aufgestellt wird. Die Gesamtschlussrechnung, welche die jeweilige Schlussrechnung der Baudurchführenden zusammenfasst, wird von der Gemeinde erstellt.

§ 6

Abschlagszahlung und Abrechnung

- (1) Die Gemeinde leistet Abschlagszahlungen nach dem Baufortschritt auf die Kosten der Maßnahmen, die von der AVG durchgeführt werden.

- (2) Für das Verfahren bei der Bauausführung, der Kostenerstattung, der Leistung von Abschlagszahlungen und der Abrechnung der Maßnahme (§ 2) gelten die Richtlinien über das Verfahren bei der Bauausführung und Abrechnung von Maßnahmen nach dem EKrG, die der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) als Anlage 2 des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau Nr. 7/2000 vom 6. März 2000 (VkB1. 2000, S. 172) bekannt gegeben hat.
- (3) Der endgültige Zahlungsausgleich wird unverzüglich nach Übersendung und Prüfung der Schlussabrechnung durchgeführt. Bei Meinungsverschiedenheiten darf die Zahlung der unbestrittenen Beträge nicht bis zur Klärung der Streitfragen zurückgestellt werden.
- (4) Für die Verjährung von Ansprüchen aus dieser Vereinbarung gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) mit der Maßgabe, dass die Verjährungsfrist 10 Jahre beträgt.
Die Verjährungsfrist beginnt mit dem neuen Kalenderjahr nach der verkehrsbereiten Fertigstellung der Gesamtkreuzungsmaßnahme.

§ 7 Erhaltung und Eigentum

- (1) Für die Erhaltung der Kreuzungsanlagen gilt § 14 EKrG.

Danach erhält:

- a) die DB ihre Eisenbahnanlagen, dies sind insbesondere die von der DB-Strecke überführten Teile der Eisenbahnüberführungen nach § 2 Abs. (1) Buchst. a) und d);
 - b) die AVG ihre Eisenbahnanlagen, dies sind insbesondere der von der AVG-Strecke überführte Teil der Eisenbahnüberführung nach § 2 Abs. (1) Buchst. a), der von den künftigen AVG-Gleisen überführte Teil der Eisenbahnüberführung nach § 2 Abs. (1) Buchst. d) und der Bahnsteigzugang nach § 2 Abs. (1) Buchst. c) sowie alle Bahnsteige;
 - c) die Gemeinde die Straßenanlagen.
- (2) Die Kennzeichnung der Unterhaltungsgrenzen zwischen DB und AVG innerhalb der Eisenbahnüberführungen erfolgt durch Scheinfugen, der Übergang zwischen den Straßenanlagen und den Eisenbahnüberführungen erfolgt durch Scheinfugen/Konstruktionsfugen, die zu den Straßenanlagen gehören, wobei der vertikale Teil der Trogwand im Abtragbereich der Radlasten der Eisenbahnverkehre dem jeweiligen Träger der angrenzenden Eisenbahninfrastrukturanlage zugeordnet wird.
 - (3) Die Anlagen werden Eigentum des jeweiligen Erhaltungspflichtigen.
 - (4) Für Erhaltungsmaßnahmen, die Anlagen eines anderen Beteiligten betreffen, wird dessen vorherige Zustimmung eingeholt, es sei denn, dass Gefahr im Verzuge ist. Dabei werden auch Umfang der Mitbenutzung der Anlagen des betroffenen Beteiligten sowie ggf. erforderliche Sicherheitsvorkehrungen festgelegt.
 - (5) Alle Anlagen werden mit Beendigung der Abnahme Eigentum des jeweiligen Erhaltungspflichtigen.

§ 8 Mehrerhaltungskosten

- (1) Die Erhaltungs- und Betriebslast für die Eisenbahnüberführung nach §2 Abs. (1) a) werden der DB und der AVG nach § 15 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 EKrG von der Gemeinde abgelöst. Für die Eisenbahnüberführung nach § 2 Abs. (1) d) werden keine Mehrerhaltungskosten in Ansatz gebracht, weil diese in § 13 EKrG nicht statuiert sind. Voraussichtlich sind ca. 444.826,00 € ((brutto) siehe Anlage 5) von der Gemeinde an die Eisenbahn (DB und AVG) als Erhaltungskosten zu zahlen. DB und AVG teilen sich die Erhaltungskosten im Verhältnis des jeweiligen Bauwerksanteils.
- (2) Für die Ablösungsberechnung sind rechnerisch die "Richtlinien für die Erstattung und Ablösung von Erhaltungskosten bei Überführungen und Vorteilsausgleich" (VkB. 1979, S. 733) und die "Richtlinien für die Berechnung der Ablösungsbeträge der Erhaltungskosten für Brücken und sonstige Ingenieurbauwerke – Ablösungsrichtlinien 1980" (Verkehrsblatt-Verlag, Bestell-Nr. 3081) maßgebend.
- (3) Zum Zeitpunkt der verkehrsbereiten Fertigstellung des Bauwerkes werden aufgrund vorläufiger Berechnung 90 % des Ablösungsbetrages fällig. Mit der Schlussabrechnung erstellt die Gemeinde die endgültige Ablöseberechnung und zahlt der DB und der AVG den noch fehlenden Differenzbetrag auf den Ablösungsbetrag.
Zinsen werden auf den Restbetrag nicht erhoben.

§ 9 Sonstiges

- (1) Die Brückenprüfungen der Eisenbahnüberführungen werden von der jeweiligen Eisenbahn (DB und AVG) nach den für sie geltenden Vorschriften und Richtlinien durchgeführt.
- (2) Die Gemeinde gestattet der DB und der AVG im Rahmen der Duldungspflicht des § 4 EKrG ungeachtet einer evtl. erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis die unentgeltliche Einleitung des Oberflächenwassers von den Eisenbahnüberführungen in die Straßenentwässerungsanlagen (RÜB).
- (3) Für eventuelle Folgekosten für die Verlegung, Änderung oder Sicherung von Telekommunikationslinien gelten die Bestimmungen der §§ 72 ff. des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vom 22.06.2004 in der jeweils geltenden Fassung, soweit keine besonderen vertraglichen Regelungen bestehen.
- (4) Von den Kosten für Leitungsanpassungsarbeiten werden nur die Anteile der Kostenmasse angelastet, die ein Beteiligter als Baulastträger eines der beteiligten Verkehrswege zu tragen hat. Nicht zur Kostenmasse zählen die aufgrund bestehender Rechtsverhältnisse von Dritten (z.B. Konzessionsverträge) zu übernehmenden Kosten. Diese sind erforderlichenfalls von dem jeweiligen Vertragspartner bis zur Durchsetzung seiner Ansprüche vorzufinanzieren.
- (5) Alle Arbeiten sind weitestgehend unter Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes auszuführen.
- (6) Die Kosten des Bauüberwachers werden, soweit er Aufgaben und Pflichten nach § 4 Abs. 1 AEG zur Gewährleistung der Betriebssicherheit erfüllt, von der DB getragen. Alle anderen Kosten der Bauüberwachung werden von der Gemeinde getragen. Auf die Verfügung des BMVBS an die Obersten Straßenbaubehörden der Länder vom 06.08.2008 – AZ.: S 16/7174.2/5-06/889423 – wird verwiesen.

- (8) Die Durchführung baulicher / technischer Maßnahmen bzw. die Genehmigung entsprechender Maßnahmen Dritter im Verkehrsweg eines Beteiligten obliegt jedem Beteiligten für seinen Verkehrsweg. Leitungsverlegungen und der An- oder Einbau sonstiger Einrichtungen, das Anbringen von Werbeeinrichtungen usw. bedürfen jedoch jeweils der vorherigen Zustimmung der anderen Beteiligten. Diese können ihre Zustimmung verweigern, wenn eigene berechnete Interessen durch die Maßnahme beeinträchtigt werden können. Die Zustimmung kann davon abhängig gemacht werden, dass vor Durchführung der Maßnahme eine besondere vertragliche Regelung zwischen ihm und dem Maßnahmenträger zustande kommt.
- (9) Ein ggf. erforderlicher Grunderwerb der Beteiligten untereinander wird gesondert vertraglich geregelt.
- (10) Die Verkehrssicherungspflicht inkl. Reinigungs- und Winterdienst und die Beleuchtung aller Straßenanlagen sowie die Säuberung der Ansichtsflächen unterhalb der Eisenbahnüberführungen obliegt der Gemeinde.
- (11) Bestehende sonstige Vereinbarungen im Innenverhältnis zwischen AVG und Gemeinde bleiben von dieser Vereinbarung insgesamt unberührt.

§ 10

Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Folgende Anlagen werden Bestandteil dieser Vereinbarung:
 - Anlage 1 Übersichtsplan
 - Anlage 2 Zusammenstellung der voraussichtlichen Kosten (DB-Vordruck)
 - Anlage 3 Kostenzusammenstellung nach AKS
 - Anlage 4 Kostenübersicht
 - Anlage 5 vorläufige Ablösungsberechnung
- (3) Diese Vereinbarung wird sechsfach ausgefertigt. Die Beteiligten erhalten je zwei Ausfertigungen.

Pfintal, den

Der Bürgermeister der
Gemeinde Pfintal



(Roser)

(Dienstsiegel)

Karlsruhe, den 10.08.00

DB Netz AG
Regionalbereich Südwest

Leiter Produktions-
durchführung Karlsruhe

Leiter Controlling

Karlsruhe, den

Albtal Verkehrs-Gesellschaft mbH

Dr. Casazza

